

SOZIALKONFERENZ

Aus Initiative des Sozialreferates an der TU Graz fand am 22. bis zum 24. März 1985 in Graz eine Sozialkonferenz statt. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Zentralausschuß der ÖH konnten rund 180 Studentenvertreter und Mitglieder von Basis-Initiativen die soziale Lage der österreichischen Studierenden diskutieren. Durch die gründliche Vorbereitung wurde dieses Wochenende zu einer der fruchtbarsten Diskussionen der letzten Jahre innerhalb der ÖH. Es gab zuerst fakultätsspezifische Arbeitskreise, wo insbesondere über Studienreform, -verschärfungen und Lehrveranstaltungs-kürzungen debattiert wurde. Anschließend wurden Arbeitskreise gebildet, in denen die ganze Problematik der sozialen Lage aufgearbeitet wurde. Als besonders wichtig wurde das Einleitungsreferat vom Sekretär der GPA-Jugend befunden. (Wolfgang Katzian) Dies deshalb, weil es trotz Hainburg und der zweifelhaften Rolle einiger Gewerkschaftsführer dabei, zu einem Dialog zwischen Gewerkschaftsjugend und Studenten kommen konnte. Die Zusammenarbeit mit der GPA-Jugend gegen den schleichenden Sozialabbau wurde mehrmals betont!

In den Arbeitsgruppen wurde versucht, neben einer Bestandsaufnahme der sich zunehmend verschlechternden sozialen Lage der Studierenden, auch Lösungsperspektiven zu erarbeiten.

Ein zentraler Punkt bei dieser Sozialkonferenz war natürlich die augenblickliche Stipendiensituation. Die Zahl der Stipendienbezieher aus dem Bereich der Arbeiter-, Angestellten- und einfachen Beamtenfamilien haben seit 1981 um rund 200 abgenommen, obwohl die Zahl der Erstinskribierenden aus diesem Bereich stetig gewachsen ist! Die Erhöhung der Durchschnittsstipendien aus diesem Bereich liegt seit 1981 unter der Inflationsrate! Es ist also höchste Zeit, daß es zu einer sozialen Novelle des Studienförderungsgesetzes kommt, die die negative Entwicklung seit 1981 stoppt

und beseitigt. Und diese Novelle brauchen wir noch heuer! Um diese berechtigten Forderungen der Studentinnen und Studenten bei der Koalitionsregierung durchsetzen zu können, werden Bündnispartner außerhalb der Universitäten genauso erforderlich sein, wie die breiten Aktionen der Betroffenen. Ein solcher Bündnispartner außerhalb der Universitäten ist sicherlich die Gewerkschaft der Privatangestellten, deren Studentenaktionsprogramm mit den sozialen Forderungen der ÖH praktisch ident ist.

Zur Finanzierung dieser notwendigen Novelle wäre genug Geld vorhanden! Die österreichischen Studierenden haben 1984 mehr als zwei Milliarden (!) an indirekten Steuern an den Staat bezahlt und dafür 500 Millionen Schilling an Stipendien bekommen. Es ist also keineswegs so, wie manche Gewerkschaftsfunktionäre glauben, daß die Stipendien aus den Steuergeldern der Arbeiter und Angestellten bezahlt werden!

Weiters wird heuer das "Verteidigungsbudget" am stärksten von allen Ressorts ausgeweitet. Es geht dabei um den Ankauf der sattem bekannten Abfangjäger, aber auch um den Ankauf neuer schwerer Gra-

natwerfer mit dazugehöriger Munition und neuer Computersimultananlagen zum Kriegspielen.

Zum Abschluß der Konferenz wurde -als Zusammenfassung der Diskussion in den Arbeitskreisen eine Abschlußresolution mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Einige Kolleg/inn/en, die einer ÖVP-Student/inn/enfraktion angehören, waren gegen diese Resolution, weil die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als eine wirksame Maßnahme gegen die steigende (Akademiker/innen-) Arbeitslosigkeit gefordert wurde. (Die Resolution ist in der ÖH bei Wali Berger erhältlich)

Die Resolution wurde mit der Bitte um Berücksichtigung bei der zukünftigen Sozialpolitik an die Gewerkschaften und politischen Parteien versandt - erste Antworten sind nun eingetroffen.

Es ist nun nach der gründlichen, bundesweit koordinierten, Diskussion unter Student/inn/envertreter/inn/en notwendig, verstärkt die Kolleg/inn/en über das Ausmaß an Bildungs- und Sozialabbau zu informieren und gemeinsam Druck in der Öffentlichkeit auf alle politisch Verantwortlichen auszuüben.

Dr. HEINZ FISCHER
Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

1014 WIEN, 17. April 1985
Minontenplatz 5
Tel. 66 20 DW 44 40
zi, 2767/85

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich bestätige dankend den Erhalt Ihres Schreibens vom 11. April mit dem Sie mir die Resolution der Sozialkonferenz der Österreichischen Hochschülerschaft vom 22.-24. März 1985 übermittelt haben.

Ich habe diese Resolution an die zuständigen Mitarbeiter des Wissenschaftsministeriums weitergeleitet und bleibe

mit besten Grüßen

H. Fischer





KLUB DER SOZIALISTISCHEN
ABGEORDNETEN UND
BUNDESRÄTE
DR. PETER KOSTELKA

1017 Wien 1985-04-18
Parlament, Tel. 48 04 455
Dr. K/cm

An die
Hochschülerschaft an der
Technischen Universität Graz
z.Hd. Herrn Stellvertretenden Vorsitzenden
Walter Berger

Rechbauerstraße 12
8010 Graz

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!
Lieber Kollege!

Herzlichen Dank für die Übersendung der Abschlußresolution der bundesweiten
Sozialkonferenz der Österreichischen Hochschülerschaft.
Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, liegt dem Nationalrat noch keine Regierungsvorlage
zu einer Studienförderungsgesetz-Novelle vor. Ich habe Ihre Resolution jedoch in
Vorbereitung der auf den Nationalrat zukommenden Beratung einer solchen Novelle
den Abgeordneten meines Klubs die dem Wissenschaftsausschuß angehören übermittelt.
Sie werden Ihre Stellungnahme sicherlich in ihre Beratungen zur genannten Gesetzes-
materie miteinbeziehen.

Mit den besten Grüßen

Dr. Peter Kostelka

